



## Staatskanzlei und Ministerium für Kultur

### 8. Kinder- und Jugendbericht vorgelegt

In der heutigen Kabinettsitzung ist der Achte Kinder- und Jugendbericht des Landes Sachsen-Anhalt vorgestellt worden. Der Bericht, an dem sowohl junge Menschen als auch Fachkräfte der Jugendarbeit mitgewirkt haben, analysiert die Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen und formuliert Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Jugendpolitik.

Sozialministerin Petra Grimm-Benne sagt: „Ob Jugendarbeit, Nahverkehr oder Bildungspolitik – Entscheidungen in allen Politikfeldern betreffen junge Menschen unmittelbar. Das Land Sachsen-Anhalt setzt auf eine eigenständige Kinder- und Jugendpolitik, die die Teilhabe von Jugendlichen in den Mittelpunkt stellt. Der Kinder- und Jugendbericht gibt den Bedürfnissen junger Menschen Raum. Als Land werden wir die Wünsche und Anregungen aufgreifen. Gemeinsam wollen wir die Kinder- und Jugendhilfe weiterentwickeln.“

Zwar bleibt trotz rückläufiger Geburtenzahlen der Anteil der unter 28-Jährigen an der Gesamtbevölkerung mit 23,7 Prozent (Stand 2022) stabil. Die Abwanderung junger Menschen in andere Bundesländer sowie in städtische Regionen innerhalb Sachsen-Anhalts prägt die demografische Entwicklung. Prognosen gehen bis 2035 von einem Rückgang der unter 25-Jährigen um rund 20.000 Personen aus. Neben den demografischen Rahmenbedingungen nimmt der Bericht die gesellschaftlichen Veränderungen der vergangenen Jahre in den Blick. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie, der Klimawandel, zunehmende politische und soziale Polarisierungen sowie wirtschaftliche Unsicherheiten beeinflussen die Lebens- und Zukunftsperspektiven junger Menschen erheblich.

Die im Bericht befragten jungen Menschen formulieren klare Erwartungen an die Landespolitik. Dazu zählen:

- eine bessere finanzielle Ausstattung der Jugendhilfe, insbesondere bei der stationären Heimerziehung,
- mehr niedrigschwellige, kostenfreie Freizeit- und Begegnungsangebote sowie die barrierefreie Gestaltung bestehender Einrichtungen,
- eine stärkere politische Bildung sowie umfassende Aufklärung über Diskriminierung, Gewalt und psychische Gesundheit,
- der Ausbau direkter Beteiligungsformate und Austauschmöglichkeiten mit politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern.

Kritisch äußern sich viele Befragte zu aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen. Besonders der Klimawandel wird als drängendes Problem benannt. Auch Sorgen über zunehmenden Populismus, steigende Preise sowie fehlende Räume für Jugendliche werden deutlich artikuliert.

Die Landesregierung wird die Empfehlungen prüfen und gemeinsam mit den Akteuren der Kinder- und Jugendhilfe angehen.

Aktuelle Informationen bieten wir Ihnen auch auf der zentralen Plattform des Landes [www.sachsen-anhalt.de](http://www.sachsen-anhalt.de), in den [sozialen Medien](#) über [X](#), [Instagram](#), [YouTube](#) und [LinkedIn](#) sowie über [WhatsApp](#)

Impressum:

Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt Pressestelle  
Hegelstraße 42  
39104 Magdeburg

Tel: (0391) 567-6666

Fax: (0391) 567-6667

Mail: [staatskanzlei@stk.sachsen-anhalt.de](mailto:staatskanzlei@stk.sachsen-anhalt.de)